

Freie Presse

Anzeigenpreis: Die hebengespaltene Nonpareillezeile 10 Pf. — Ausland 50 Pf.
Die viergespaltene Reklame-Petitzelle 2 Ml. — Für Platavorfräsen Sondertarif
Anzeigennahme bis 7 Uhr abends.

Zeitungspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet in Lodz und Umgegend monatlich 1 Mark 50 Pfennige, monatlich 5.— Mark, bei Postverkauf Ml. 1,75 bezw. Ml. 7.—

Nr. 165

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

Reaktionäre Absichten.

Nach Jahren der imperialistischen Großmannssucht sind die Völker Mittel- und Osteuropas endlich in ein demokratisches Fahrwasser hineingelommen und jeder neugebildete Staat sucht sein Schifflein mit vollen Segeln dem sicheren Hafen zuzuführen. Die Steuerleute besitzen jedoch nicht die Volksfertigkeit, und so kommt es, daß sie ihr Schifflein nicht mit voller Sicherheit um all die Klippen und Gefahren führen können, damit es unverfehrt in den Hafen gelange.

Diese Klippen und Gefahren kennt wohl jeder Staat in seiner inneren Ausgestaltung. Alle so laut verkündeten demokratischen, menschheitsbeglückenden Absichten erweisen sich aber als Trug und Wahn, sofern die ganze Besatzung des Staatschiffsteins nicht vollständig durchdrungen ist von der hehren Bedeutung ihrer Aufgabe: Mitzwarkeiten an dem großen Werk der Zeit.

Es ist aber unendlich schwer, zu diesem verheizungsvollen Ziele zu gelangen, wenn unter den Leuten keine Einigung darüber herrscht, welcher Weg einzuschlagen sei, wenn diesen Menschen nicht die Idee innenwohnt: Wir alle sind gleiche Brüder, in heiteren und bösen Tagen, und erfüllt von dem Verlangen, mit vereinten Kräften, ohne uns voneinander abzuwenden, unjrem gemeinsamen Ziele zuzustreben.

In unserem Reiche gibt es leider Elemente, die die hohen Prinzipien der neuen Zeit der Demokratie nicht erfassen wollen. Sie vergessen, daß die Demokratie eine Gleichheit aller Staatsbürger sowie volle Freiheit und Sicherheit der Person und des Eigentums in sich schließt. Sie können sich in ihrer blinden Selbstsücht nicht in die Ausgaben unserer demokratischen Zeit hineindenken, sie wollen keine nationale Minderheit anerkennen, obwohl sie sich nach ihren Versicherungen zu einer fortschrittlichen, demokratischen Überzeugung bekennen.

Die Verhandlungen über die Agrarreform im Polnischen Reichstag ließen so manche Unstimmigkeiten innerhalb der führenden Parteien durchblicken. Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, daß gerade in der Agrarfrage, die durch gerechte Verteilung von staatlichem und privatem Großgrundbesitz zu lösen ist, die Meinungsverschiedenheiten unter den Reichstagsparteien ins Ungemessene steigen. Man glaubte die Verhandlungen über die Agrarfrage bereits vor 10 Tagen abzuschließen, nun ziehen sie sich noch weiter hin, ohne daß man bisher von einem allseits befriedigenden Ergebnis reden kann.

In der Haupthache geht es um die Aufteilung der Staatsdomänen und um die von sozialistischer Seite angeregte Enteignung des übermäßigen Großgrundbesitzes. Nun ist es verständlich, daß kein Privatmann, der seinen Landbesitz gegen Geld erworben hatte, diesen seinen Grund und Boden enteignen lassen will, vielleicht gar ohne eine staatliche Ablösung gegen Geld, wie dies von manchen Parteileuten vorgeschlagen wird. Um nun einer Enteignung ihres übermäßigen Großgrundbesitzes vorzubeugen, hat sich der "Polski klub mieszczański" (Warschau) dazu hergegeben, an die bäuerlichen Abgeordneten des Reichstags einen Aufruf zu richten, der eine neue Lösung der Agrarfrage vorschlägt. Unter anderem heißt es in diesem allen Reichstagsabgesandten zugestellten Aufruf:

"Hier im Lande gibt es zahlreiche fremde landwirtschaftliche Kolonien, die auf unserer Erde durch den uns feindlich gesinnten Nationalismus in unmoralischer Weise geschaffen wurden und die zugunsten der polnischen Bauernschaft ausgenutzt werden müssen."

Dieses Verlangen einer Gruppe Menschenverächter erinnert uns so sehr an die Machenschaften und volksfeindlichen Bühnereien jener reaktionären Elemente, die in Russland und anderswo von dem Sturm der Revolution weggesegnet und für ewige Zeiten zum Schweigen verurteilt worden sind. Welchen gewaltigen Ausbruch des Zornes rief nicht 1908 die preußische Enteignungsvorlage gerade in denjenigen Kreisen hervor, die heute in ihrem blinden Egoismus und Nationalismus in denselben volksfeindlichen, reaktionären Extrem verfallen, wie einst die heute so gehäzte preußische Polenpolitik? Müssen derartige, jeglicher moralischer Grundlage entbehrenden Übergriffe wahnwitziger Politikaster wiederholt werden? Soll die Menschheit noch weiter unter der Will-

für gewisser Volksfeinde leiden, die unter dem Deckmantel der Demokratie ihrer Habgier Genüge tun wollen? Gott sei Dank! Es gibt in Polen, demnach auch im Reichstag, noch Leute von menschenfreundlicherer Gesinnung, die auch für die in Polen beheimateten nationalen Minderheiten ein Gefühl übrig haben, und diesen Männern gebührt Anerkennung und Achtung, denn sie gehören zu den wahrhaften Demokraten und Volksfreunden.

Die obenerwähnten "Vorschläge zur Güte" derjenigen, die ihren Großgrundbesitz behalten, den unantastbaren Besitz der sogenannten deutschen Kolonisten aber schamlos preisgeben wollen, erinnert uns so sehr an die Niedertracht der zarischen Söldlinge während des Krieges, welche die an der Wolga und in Sibirien anfängigen deutschen Kolonisten, deren russische Staatszugehörigkeit sich auf Jahrhunderte zurückberechnet ließ, bei Nacht und Nebel mit ihren Familienangehörigen von ihrem Gehöft jagten, sie ihres Besitzes für verlustig erklärt und die Kermits nach Sibirien verbannten. Diese auf hoher landwirtschaftlicher Stufe stehenden Kolonien wurden von der zarischen Regierung einfach salten Blutes beschlagnahmt und unter Russen verteilt. Der Grund dieser barbarischen Tat lag einzig und allein in der Einbildung der Reaktionäre und Kriegsgefechte, daß die Kolonisten dem russischen Staat schaden könnten, Menschen, die derlei Absichten niemals hegten, mit dem russischen Volkstum innig verwachsen waren, mit Politik sich aber nie befassen. An diesen Menschen ist während des Krieges so unendlich viel gejündigt worden und was Russland heute erlebt, das ist die Frucht der volksfeindlichen Politik des zarischen Systems, das keinen Frieden innerhalb der Reichsbücher dulden möchte.

Wir sind davon überzeugt, daß die Wühlerien einzelner Parteipolitiker gegenüber den staatstreuen deutschen Kolonisten im Lande im Sande verlaufen werden. Wir wissen, daß man in verantwortlichen Regierungskreisen an derlei, an die Zeiten der Volksfeindlichkeit erinnernde Abenteuer nicht denkt, sonst würde ja die große Errungenschaft der Gegenwart, das edle Gut der Demokratie, illusorisch erscheinen, in ein Nichts zerfließen!

Der Lodzer Reichstagsabgeordnete Spidermann hat auch vorige Woche zu den Anfahrungen eines reaktionären Posener Abgeordneten Stellung genommen und mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die deutschen Kolonisten keinerlei polensfeindliche Gesinnung hegten und gleich allen treuen Bürgern der Republik alle Lasten des polnischen Staates tragen.

Dies ist eine offenkundige/unumstößliche Tatsache. Ein gegenteiliger Standpunkt entspricht entweder einer totalen Unkenntnis der Verhältnisse oder der Sucht, die Daseinslichkeit irrezuführen.

Dies mag zunächst genügen. a. t.

Die neue deutsche Friedensdelegation.

Nach den gestern nachmittag eingelangten telegraphischen Nachrichten zu schließen, wird die Unterzeichnung des Friedensvertrages noch am heutigen Sonnabend erfolgen und eine Verzögerung offenbar nicht mehr eintreten. Die neue deutsche Friedensdelegation, über deren Bestand bis zur Stunde keine ausführlichen Nachrichten vorliegen, dürfte inzwischen in Versailles eingetroffen sein. Es gehören ihr der neue deutsche Außenminister Hermann Müller, der Reichsposuminister Giesbert aus dem Scheidemannschen Kabinett und der Bürgermeister von Berlin Leier an. Wer die Führung der Delegation übernommen hat, ist noch nicht bekannt. Erzberger war für diese Mission aussersehen. Da aber ein Mordanschlag gegen ihn geplant war, ist es fraglich, ob er nach Versailles reisen wird.

Nachstehend geben wir die hierüber eingelangten Telegramme wieder:

Paris, 27. Juni. (P. A. T.)

Die neue deutsche Delegation trifft am heutigen Freitag ein, so daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages am Sonnabend erfolgen kann. Die Namen der neuen Delegierten sind noch nicht bekannt. Es ist möglich, daß die Entente die Delegierten nicht anerkennen wird, sofern es sich um unbedeutende Persönlichkeiten handelt.

Paris, 27. Juni. (P. A. T.)

Havas meldet, daß zu der neuen deutschen Delegation der Außenminister Hermann Müller,

der Reichsposuminister Giesbert und der Bürgermeister von Berlin Leier gehören. Die Delegation trifft noch so rechtzeitig ein, daß die Unterzeichnung Sonnabend um 3 Uhr nachmittags erfolgen wird.

Die Feierlichkeiten in Versailles.

Paris, 27. Juni. (P. A. T.)

Über die Feier gelegentlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages veröffentlichten die Blätter folgende Einzelheiten: Reden werden keine gehalten werden. Als erster wird Clemenceau das Wort ergreifen und die Sitzung für eröffnet erklären. Die den Inhalt des Friedensvertrages enthaltene Urkunde wird auf japanischem Papier gedruckt sein und allen Vertretern der Regierung eingehändigt werden, die den Frieden unterzeichnen. Auf besonderen Wunsch Wilsons werden einige Damen an den Feierlichkeit teilnehmen, damit sie Zeuginnen dieses weltgeschichtlichen Ereignisses sein können. Einladungen sind ergangen an alle Präsidenten, Vizepräsidenten und Sekretäre des Senats und der Deputiertenkammer. Ferner wurden die Marschälle Frankreichs Foch, Pétain und Joffre eingeladen. Insgesamt werden 23 Gäste zugegen sein. Außerdem sind 350 Plätze für Pressevertreter reserviert, davon entfallen auf England 60, Frankreich 60, Amerika 60, Italien 40, Japan 25, Deutschland 15, der Rest entfällt auf die anderen Staaten, davon 20 auf neutrale.

Paris, 27. Juni. (P. A. T.)

Präsident Poincaré wird an den Verhandlungen der Feierlichkeiten teilnehmen und bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages zugegen sein. Er wird im Sitzungssaal den Ehrenstuhl einnehmen.

Sturz des Kabinetts Bauer?

Paris, 27. Juni. (P. A. T.)

Die amerikanische Delegation hat die Nachricht erhalten, daß die Regierung Bauer gestürzt worden ist. Als Ursache wird angegeben, daß das Kabinett die Verantwortlichkeit für die Unterzeichnung des Vertrages nicht übernehmen könne.

Paris, 27. Juni. (P. A. T.)

Der Rat der Vier hat beschlossen, der Regierung Bauers bei einem etwaigen Anschlag und Haukrieg jedwede Unterstützung angedeihen zu lassen.

Das Misstrauen der Entente.

Paris, 27. Juni. (P. A. T.)

Der Präsident der Friedenskonferenz überreichte dem Abg. von Hartel am Mittwoch abend 2 Noten, von denen die eine die Verbrennung der französischen Fahnen und die andere die deutschen Drohungen gegenüber Polen betrifft. Die Chefs der alliierten Regierungen gaben zu verstehen, daß die Verbrennung der Schiffe und die Verbrennung der Fahnen Tatzen seien, die das Misstrauen der Ententestaaten erwecken und für die Deutschland eine Entschuldigung wird zahlen müssen. Die Regierung in Weimar sei für alle Ereignisse verantwortlich, die die Verwirklichung aller Vertragsbestimmungen gegenüber Polen erschweren.

Verhaftung eines Deutschen Journalisten.

Berlin, 27. Juni. (P. A. T.)

Die deutschen Blätter melden die aufsehenerregende Verhaftung des deutschen Zeitungskorrespondenten Scheuermann in Versailles. Die Verhaftung wurde am Mittwoch von 2 Geheimpolizisten in dem Augenblick vorgenommen, als Scheuermann das Hotel verließ. Die Ursache der Verhaftung ist unbekannt. Scheuermann wurde nach Paris überführt.

Frankreichs Abrüstung.

Paris, 27. Juni. (P. A. T.)

Auf eine Anfrage erklärte Clemenceau in der Frage der Demobilisierung der französischen Truppen, daß die Regierung eine möglichst baldige Demobilisierung durchzuführen beabsichtige, sofern die Lage sicher ist, vorderhand aber müsse sich die Entente für den Fall ernster Verwicklungen an-

läßlich der Räumung Oberösterreichs für Polen bereithalten. Frankreich müsse überdies auf der Hut sein, damit Deutschland den Vertrag ausführt, zunächst aber damit die Deutschen Polen räumen. Solange die Deutschen Polen nicht verlassen haben werden, solange könne von einer Demobilisierung der französischen Truppen keine Rede sein.

Das politische Los Galiziens.

Paris, 27. Juni. (P. A. T.)

In der gestrigen Nachmittagsitzung besaß sich der Rat der Vier mit der Frage des künftigen politischen Schicksals Galiziens sowie mit der Revisions des völkerrechtlichen Verhältnisses Afrikas.

Clemenceau und die militärischen Operationen in Ostgalizien.

Warschau, 27. Juni. (P. A. T.)

Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten hat von Clemenceau dem Vorsitzenden des Rats der Vier folgende Mitteilung erhalten:

Zum Zwecke der persönlichen Sicherheit und der Sicherheit des Besitzes der friedlichen Bevölkerung in Ostgalizien vor der Gefahr, welcher letztere seitens der bolschewistischen Banden ausgeht, hat der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Regierungen beschlossen, die Truppen der Polnischen Republik zur Führung kriegerischer Operationen jenseits des Flusses Zbrucz zu beauftragen. Dieser Antrag greift keinesfalls den Entschluß vor, den der Oberste Rat früher zwecks Festlegung der polnischen Zukunft Galiziens fassen wird.

Kommunistenherrschaft

in Hamburg.

Hamburg, 27. Juni. (P. A. T.)

In Hamburg haben die Kommunisten die ganze Regierung in ihre Hände genommen. Sämtliche Regierungsgebäude sind von den Kommunisten besetzt. Der Einmarsch der Regierungstruppen ist augenblicklich infolge Mangel an genügender Anzahl von Soldaten unmöglich. Alle Gesangnisse wurden im Sturme genommen, die politischen Verbrecher in Freiheit gesetzt und alle Gerichtsdokumente verbrannt. Bei der Einführung der Gesangnisse wurden Geschüze benutzt.

Hamburg, 27. Juni. (P. A. T.)

In Wandsbek trafen 20 000 Regierungstruppen der Abteilung Lettow-Vorbeck unter dem Befehl des Obersten Wrede ein. Diese Truppen rückten gegen Hamburg vor. Es wurde beschlossen, den Hamburger Kommunisten ein Ultimatum zu stellen und die Einstellung des Kampfes, die Herausgabe der ins Rathaus abgeführt Gefangenen und die Auslieferung der geraubten Waffen zu fordern.

Berlin, 27. Juni. (P. A. T.)

Nach Meldungen der Berliner Blätter sollten die Ereignisse in Hamburg der Beginn politischer Unruhen und einer in ganz Deutschland vorbereiteten Aktion sein. Die Zeitungen äußern die Hoffnung, daß innerhalb von 48 Stunden wieder die früheren Behörden ans Ruder gelangen werden.

Unruhen in Budapest.

Wien, 27. Juni. (P. A. T.)

In Budapest kam es zu Unruhen gegen die gegenwärtige Regierung. Während der Straßenkämpfe wurden hunderte unschuldige Personen aus dem Publikum teils getötet, teils verwundet. Vor dem Parlamentsgebäude wurden zahlreiche Bürger unter dem Vorwand, daß sie der Gegenrevolution Vorschub leisteten, erschossen.

Lofales.

Lodz, den 28. Juni.

Die Rechte und Pflichten der evgl. Gemeinden.

Zu der Wahl in der Johanniskirche.

Auf die vielen an uns gerichteten Anfragen unserer Leser ertheilen wir gern Antwort und sind auch sonst zu jeder Auskunft bereit:

1. In der lutherischen Kirche Polens gilt bis jetzt das alte Kirchengesetz vom Jahre 1849. Darnach hat jede Gemeinde die vollen Autonomie, d. h. Selbstverwaltung. Die Gemeinde bestimmt die Reihenfolge, Art und Anzahl der Gottesdienste, die Höhe der Einnahmen und Ausgaben, des Kirchenbeitrags und die Zahlungen bei den kirchlichen Handlungen, die Gemeinde wählt das Kirchenkollegium und den Pastor, usw.

Alle Gemeinden des früheren Kongresspolens gehören zu einem Verbande — dem Warschauer Konsistorialbezirk, welcher aus 5 Superintendenturen besteht. Als Aufsichtsbehörde steht an der Spitze das aus 3 weltlichen und 3 Geistlichen Mitgliedern bestehende Konsistorium. Auf die Wahl und Zusammensetzung des Konsistoriums halten die Gemeinden und auch die Pastoren keinen Einfluss (Man sieht daraus wie veraltet und reformbedürftig das wenig demokratische und rückständige Kirchengesetz ist). Auf Vorschlag des Konsistoriums werden die einzelnen Mitglieder des Konsistoriums von der höchsten Behörde, früher dem russischen Kaiser, bestätigt. Selbstredend ist man weniger auf die kirchliche Stellung des Kandidaten, als auf seine politische Unversehrtheit — Blagonadehnosti. So kam es, daß an der Spitze des Konsistoriums Mitglieder standen, die in gemischter Ehe lebten, deren Kinder im freien Glauben erzogen wurden usw.

Das Konsistorium kontrolliert die Gemeindebeschlüsse, bestätigt sie usw. Das Konsistorium hat kein Recht, der Gemeinde seinen Willen aufzudrängen, Gemeindebeschlüsse ohne Grund zu annullieren usw.

2. Alle Gemeinden sind vor dem Gejeh gleich. Alle Pastoren, die ihre 2 Prüfungen (vor der Ordination zum Pastor und vor der Übernahme einer Gemeinde) bestanden haben, sind gleichberechtigt, d. h. sie dürfen alle Amtier bekleiden, sie dürfen sich an alle Gemeinden des Landes melden, und können vom Konsistorium nicht zurückgewiesen werden, falls die rechtlichen Vorschriften gewahrt worden sind.

3. Sobald eine Gemeinde für vakant erklärt ist, steht das Konsistorium alle Pastoren des Konsistorialbezirks, mit Ausnahme des Hilfsprediger, weil die ihr 2. Examen noch nicht bestanden haben, durch ein Rundschreiben davon in Kenntnis, und gibt die näheren Bedingungen bekannt. Ein jeder Pastor darf innerhalb des festgelegten Termins seine Kandidatur anmelden: er schreibt deshalb an seinen Superintendenten und an das Konsistorium der vakanten Gemeinde. Der Superintendent, der nicht immer der Superintendent der vakanten Gemeinde ist, benachrichtigt sofort das Konsistorium; ebendasselbe ist das Kirchenkollegium der vakanten Gemeinde: es steht das Konsistorium in Kenntnis: die und die haben sich gemeldet. Weder der Superintendent, noch das Kirchenkollegium und selbstredend noch weniger das Konsistorium darf hierbei Polizeidienste leisten und irgend einen Bewerber zurücksezieren, oder dabei parteitisch verschärfen.

Alle sich Melbenden (für die vakanten Pastorenstellen in der Trinitatigemeinde im Jahre 1898 halten sich gegen 20 Bewerber, für die Stelle in

Radom im Jahre 1903 12 Pastoren gemeldet), werden zu einer Gaudi predigt zugelassen. Nachdem dieselbe stattgefunden, werden aus der Zahl der Bewerber, natürlich nachdem man die Stimmung der Gemeinde erforcht hat, gewöhnlich 3 Kandidaten aufgestellt (die Zahl ist unbeschränkt; es können auch alle Bewerber zugelassen werden). Das Kirchenkollegium sendet die Liste der Kandidaten zur Bestätigung an das Konsistorium. Letzteres bestimmt mit dem Superintendenten der vakanten Gemeinde die Reihenfolge der Probedpredigten und den Termin der Wahl.

4. Der Wahlmodus ist nicht vorgeschrieben. Es richtet sich nach dem Wunsch der Gemeinde. Falls mehrere Mitglieder sie verlangen, muß eine geheime Wahl stattfinden.

5. Die Frage, wer zu wählen hat, ist auch nicht festgesetzt. In der Regel alle mündigen, selbständigen Mitglieder der Gemeinde.

Als Beweis für die Mitgliedschaft wird in der Regel die Zahlung des Kirchenbeitrags (dieses ist relativ, da es Gemeinden gibt, die überhaupt keine Kirchensteuer erheben, so z. B. fast alle Gemeinden in den Provinzen), das Eingetragensein in die Liste der Gemeinden und — letzteres gilt bei uns in Polen — das Wohnen innerhalb der Grenzen der betreffenden Gemeinde zu gelten haben.

In Lódz gelten alle Lutherauer, die nördlich der Przejazd und Andrzeja wohnen, als Mitglieder der Trinitatikirche und alle die südlich davon wohnen, als Mitglieder der Johanniskirche.

6. Frauen und alle nicht selbständigen Kinder wählen nicht mit.

7. Die Wahl findet statt ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden, vorausgesetzt, daß der Wahltermin dreimal in den Kirchen, Bethäusern, Kantoren, — in Lódz auch in den Zeitungen, — bekannt gegeben wurde. Als gewählt gilt der Kandidat, welcher die absolute Stimmenmehrheit aller Anwesenden erlangt hat.

Die Wahl findet auch dann statt, wenn sich nur ein Kandidat für den betreffenden vakanten Posten meldet. Der Gemeinde steht das Recht zu, für oder gegen den Kandidaten zu stimmen. Der Kandidat muß auch hierbei die absolute Stimmenmehrheit aller Anwesenden erhalten.

8. Die Fragen, ob das Kirchenkollegium der Johanniskirche, der Superintendent der Warschauer Diözese, das Konsistorium in Warschau bei der Aakadidatur der Diakonusstelle rechtmäßig vorzuhören sind, ebenso die Frage, ob das Konsistorium das Recht hatte, Pastor Gerhard als Kandidaten für den Diakonusposten nicht zu bestätigen, wollen wir nicht untersuchen.

Das ist auch nicht unsere Sache. Jeder Leser muß sich hierin ein eigenes Urteil bilden.

Ebenso kann unser Blatt keinen Rat erteilen, wie die Mitglieder der Johanniskirche sich bei den kommenden Wahlen am Dienstag zu verhalten haben, ob und wie sie wählen sollen usw.

Wir sind aber gerne bereit, auch sonstige Anfragen, Befehlungen usw. entgegenzunehmen.

Hoher militärischer Besuch. Gestern weilten in unserer Stadt zu Inspektionszwecken folgende hohe Militärs: General Haller, General Dowbar-Muscinisi, der Kommandant der französischen Militärmision in Polen, General Henrys sowie die französischen Generale Massenell und Maltie.

Verlängerung des Wechselforatoriums. Der „Monitor Polisi“ bringt über die Verlängerung der Wechselforme in dem Bezirk des Appellationsgerichts Warschau eine Verordnung, wonach das Wechselforatorium bis zum 31. Dezember 1919 einschließlich verlängert wird.

Kinder, welche letztere sonst auf der Straße spielten, nicht zu sehen waren.

Das ganze Dorf war wie ausgestorben.

Als sie sich aber dem Schulzenhofe näherte, erklärte sich ihr das Räthsel in einer Weise, die sie anfangs mit Verwunderung, dann aber mit festigem Schrecken erfüllte.

Vor dem Schulzenhofe war nahezu das ganze Dorf versammelt.

Selbst die Leute, die auf den Feldern gearbeitet hatten, muhten ihre Arbeit im Stiche gelassen haben und herbeigeeilt sein. Denn auch sie fehlten nicht.

Hannchen lag mehr, als sie ging.

Die Ahnung eines schrecklichen Unglücks schaute ihr die Brust zusammen.

Zehl war sie nahe genug, daß sie die durchzitternden Stimmen verstehen konnte.

Es mußte sich um etwas ganz Besonderes handeln, denn die Mienen der Leute waren wild erregt und ihre Hände gesäuselt lebhaft.

Ein Paar Hände, die sich um den Haufen drängten, verriet durch ihr Geschnatter noch den Lärm.

„Allmächtiger Gott! Was ist geschehen?“ schrie das junge Weib und preßte die Hände an die Schläfen.

Sie war jetzt ganz nahe.

Und nun —

Ihr Schwindel.

Deutlich hatte sie jedoch die blinkenden Helme zweier Gendarmen erkannt.

Sie traten eben aus der Tür und in ihrer Mitte —

Die Leute blickten sich betroffen und bei dem markierenden Schrei, der sich Hannchens Lippen entzog.

Die Stadtverordnetenversammlung und die jüdische Auswanderungen.

Das Präsidium der Stadtverordnetenversammlung schreibt uns:

Der Beschuß des Stadtrates vom 18. Juni

1919 in der Angelegenheit der Brandmarkung

der Ausschreitungen, deren sich einzelne Soldaten

der Armee des Generals Haller zuschulden kom-

men ließen, ist in einigen Zeitungen in verzerr-

ter und bewußt tendenziöser Form veröffentlicht

worden. Aus diesem Grunde ersuchen wir Sie

um Veröffentlichung des nachstehenden vollständi-

gen Ausszuges aus dem Sitzungsprotokoll der

Stadtverordnetenversammlung vom 18. Juni d.

J. der die erwähnte Angelegenheit im gehörigen

Worte darstellt.

Auszug aus der Stadtverordnetenversammlung vom 18. Juni 1919. Es war beschlossen: b) Außerhalb der Tagesordnung unter Anerkennung der Dringlichkeit: III. bezüglich der Brandmarkung der Ausschreitungen, die von einzelnen Soldaten

der Hällerschen Armee verübt wurden:

Infolge der Ausschreitungen einzelner Soldaten der Armee des Generals Haller gegenüber der jüdischen Bevölkerung der Stadt Lódz fordert die Stadtversammlung unter Brandmarkung dieser Taten, die des polnischen Soldaten unwürdig sind und seine Uniform entehren, den Magistrat auf, zum Zwecke der Bändigung der Eigennäsigkeit der Soldaten bei den Militärbehörden entsprechende Schritte einzuleiten.

Bei der Abstimmung erklärten sich 36 Stadtverordnete für diesen Beschuß, 17 dagegen.

Während der Verlesung des diesbezüglichen Antrages, der von der Stadtverordnetenfraktion der P. P. S. eingebracht wurde, verließen die Stadtverordneten Chwalinski, Pogonowski und Włodarski den Sitzungssaal.

Nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Abstimmung gab die Stadtverordnetenfraktion des Nationalen Arbeiter-Verbandes (P. S. R.) der sich auch die Fraktion der Christlichen Demokraten (C. D.) angeschlossen hatte, nachstehende Erklärung ab:

„Im Namen unserer Fraktion erklären wir, daß durch die amtlichen Zeitungen festgestellt wurde, daß an solchen Vorfällen nicht nur Soldaten der Armee des Generals Haller, sondern auch Soldaten anderer Truppenteile teilgenommen haben. Den heutigen Antrag der Fraktion der P. P. S. sehen wir für eine Demonstration gegen die Armee des Generals Haller als Kampfeinheit an; den Antrag der P. P. S. in diesem Sinne billigen wir entschieden nicht.“

Nach Vernehmung dieser Erklärung gab die Stadtfraktion der P. P. S. nachstehende Erklärung ab mit der Bitte, sie in das Protokoll aufzunehmen:

„Wir erklären, daß wir gar nicht daran gedacht haben, die Armee des Generals Haller als solche irgend welcher unwürdiger Handlungen anzuhalten, was schließlich im Antrage durch Bezeichnung „einzelner Soldaten der Armee des Generals Haller“ deutlich unterstrichen wurde. Wir stellen fest, daß auch in anderen Städten — wir sehen keinen Grund, dies zu verborgen — dieser Art Tatsachen stattgefunden haben und gegen die in Betracht kommenden Einzelpersonen werden die Militärbehörden zur Einleitung von Schritten zum Zwecke der Verhinderung solcher Ausschreitungen für die Zukunft aufgefordert. Endlich stellen wir fest, daß wir zum Schutz der Uniform und der Würde des polnischen Volkes auftreten, ohne daß wir hierbei irgend welche feindselige Absichten verfolgen.“

Die Stadtverordnetenversammlung vom 30. Juni wird die leste vor den Ferien sein. Außer den bisher unerledigten Punkten der Ta-

gesordnung der vorigen Sitzungen befinden sich noch folgende Angelegenheiten auf der Tagesordnung: Antrag des Magistrats in Sachen des allgemeinen Schulzwanges; Antrag des Magistrats in Sachen der Erhöhung der Kommission, die die finanzielle Lage der städtischen konzessionierten Unternehmungen prüft, zur Elegierung der dringlichen Angelegenheiten der Stadtverordnetenversammlung während der Sommerferien.

Gegen die geheimen Schnapsbrennereien. Das Verwaltungsministerium ordnet in seinem Rundschreiben vom 14. Mai 1919 unter anderem folgendes an:

Da die geheimen Brantweinfabrikation, durch die unzählige Mengen Getreide, Kartoffeln und Zucker verbraucht werden, ins Ungeheure wächst, muß ihr zum Zwecke ihrer Bekämpfung, große Aufmerksamkeit gewidmet werden. Obwohl die Polizeibehörden in verschiedenen Kreisen viele geheime Brantweinbrennereien schließen, läßt die geheime Fabrikation von Schnaps nicht nach. Bei der jetzigen Sachlage sind die Bemühungen der Polizei vergeblich und fördern einzig nur die Unzufriedenheit unter den niederen Beamten, da diese sehen müssen, daß die Schnapsbrenner, zu deren Festnahme sie beigetragen haben, keineswegs zur Verantwortung gezogen werden. Das ist eine Folge der mangelsaften Energie des Finanzinspektors oder der Gerichte, die sich während der Untersuchung und bis zum Rechtsträgig werden des Urteils keine wirklichen Vorbereitungsmassnahmen treffen. Der Vorzuhalt des Bezirksgerichts, der dieses Rundschreiben weitergibt, bitte im Sinne der Verordnung des Justizministers die ihm unterstehenden Richter, in Angelegenheiten von geheimen Brantweinfabriken wie bei Gefängnisfällen und Warenwucher zu verfahren. Es handle sich nicht nur darum, daß die Menge der Lebensmittel nicht verringert werde, sondern daß auch die unter dem Volke verbreitete Trunksucht aufhöre.

Das Ergebnis der Kinderzählung.

Die von der Schuldeputation des Magistrats vorgenommene Kinderzählung hatte folgendes Ergebnis: die Zahl der Kinder im Schulalter (von 7—14 Jahren) beträgt in runden Ziffern: 7jährige Kinder (geb. 1912) 9000, 8jährige (geb. 1911) 9500, 9jährige (geb. 1910) 9500, 10jährige (geb. 1909) 10000, 11jährige (geb. 1908) 10500, 12jährige (geb. 1907) 11000, 13jährige (geb. 1906) 10500, insgesamt 70000. Die städtischen Schulen werden von insgesamt 30000 Kindern besucht; unter dieser Zahl befinden sich auch über 5 Proz. Kinder im Alter von über 14 Jahren. Ferner befinden sich in den städtischen Schulen 28500 Kinder, in den Mittelschulen 6600, in den privaten und Vereins-Gymnasien 3400 Kinder. Im ganzen befinden sich in den Schulen 38500 Kinder im Schulalter von 7—14 Jahren. Kinder im Alter von 7—14 Jahren, die die Schule nicht besuchen, gibt es 31500 (darunter über 7000 Kinder, die die Cheders besuchen). Kinder im Alter von 7 bis 12 Jahren sind insgesamt 48500 vorhanden; davon besuchen die städtischen Schulen 21000 (70 Proz. der Gesamtzahl), die Mittelschulen 3850, die Privatschulen 2300. Kinder im Alter von 7—12 Jahren, die keine Schule besuchen gibt es 21350 (darunter gegen 6000 in den Cheders), Kinder im Alter von 7—9 Jahren zählt Lódz 28000, darunter 10680 städtische Schüler (35,6 Proz. der Gesamtzahl), 1860 Mittelschüler und 1210 Privatschüler. Kinder im Alter von 7—9 Jahren, die die Schulen nicht besuchen, gibt es 14250 (darunter gegen 5000 in den Cheders).

Bei der Berechnung der Schuldeputation kommt für den Fall der Einführung des allgemeinen

alles spricht gegen ihn, besonders diese Regel, — er wies das formlose Geschoss vor — „die nur aus der Flinte ihres Mannes gekommen sein kann!“

Bei dem Anblitte dieses in den Augen der Leute unwiderlegbaren Beweises wurde ihr Murmeln wieder lauter.

Wieder reckten sich die Fäuste und vernahm man die Rufe: „Schurke! — Mörder!“

Hannchen aber schüttelte wild den Kopf.

„Er ist schuldlos!“ Gibt ihn frei, oder ich lege mich mit ihm!“

Sie sprang vom Boden auf und umklammerte den Hals ihres Mannes.

„Rohde, so seien Sie vernünftig und reden Sie Ihrer Frau zu, daß sie Ruhe gibet!“ wandte sich der eine der Gendarmen an ihn.

Die Aufforderung war überflüssig.

„Hannchen, Du kannst nicht mit mir gehen, denn Dein Platz ist gerade in diesen schweren Stunden bei —“ seine Stimme zitterte — „bei dem Kinde. Sage mir nur eins: glaubst Du, daß ich schuldlos bin? Und würdest Du auch dann noch an meine Schuldlosigkeit glauben, wenn selbst alle Beweise dafür sprächen, daß ich es war, der auf den Grafen geschossen hat? Wisse: er selbst hat angegeben, daß ich der Täter war!“

„O der Elende! Der Elende!“ — Aber stande auch die ganze Welt gegen Dich auf, ich, Dein Weib, glaube an Dich, ich weiß, daß Du keines Mordes und daß Du auch keiner Lüge gehörte.

Die Gendarmen blickten verlegen auf die jämmerliche Frau am Boden nieder.

„So nehmen Sie doch Vernunft an!“ sagte der eine von ihnen.

„Wenn Ihr Mann schuldlos ist, so wird sich das ja bald erweisen. Vorläufig müssen wir unseres Amtes wachten, denn

„Sie sind ja ein Lächeln über das Gesicht Rohde's.“

„Fortschreibung folgt.“

Schulzwang die Unterbringung von 16 250 Kindern im Alter von 7–12 Jahren in den Schulen in Betracht (von der Gesamtzahl von 21 350 Kindern werden 5100, die die Cheders besuchen abgezogen), wenn man 50 Kinder auf die Schulabteilung rechnet, so müssten 325 Abteilungen eröffnet werden. Von ihnen wären 100 Normalabteilungen; in 225 würde wegen Mangel an Lokalen der Unterricht nachmittags stattfinden. Die Kosten würden betragen: für 100 Abteilungen zu je 10 200 M. = 1 020 000 Mark und für 225 Abteilungen zu je 5950 M. = 1 338 750 M., insgesamt 2 358 750 M.

Sollte wegen Mangel an Lehrkräften der Schulzwang nur auf Kinder im Alter von 7 bis 9 Jahren ausgedehnt werden, so brauchten nur 200 Abteilungen eröffnet werden (insgesamt 14 250 Kinder, darunter 4250 in den Cheders). Die Kosten würden dann betragen: für 100 Schulabteilungen zu je 10 200 M. = 1 020 000 Mark und für 100 Abteilungen zu je 5950 M. = 595 000 M., zusammen 1 615 000 Mark.

Keine Beaufsichtigung der Vereinsversammlungen. Die Kreiscommissare und Polizeichefs haben vom Ministerium des Innern ein Rundschreiben erhalten, in dem ausgeführt wird, daß sämtliche Vereinsversammlungen und Versammlungen der Mitglieder von genehmigten Vereinen und Verbänden, bei denen keine fremde Personen gegen sind, von der Aufsicht der Polizei befreit sind. Alle übrigen Versammlungen in geschlossenen Räumen unterstehen der Aufsicht der Polizei, die das Recht hat, ihnen beizuwöhnen. Versammlungen unter freiem Himmel, mit Ausnahme von wissenschaftlichen und Vereinsausflügen, sind verboten.

Schule für geistig zurückgebliebene Kinder. Am Donnerstag fand eine Sitzung der Schuldeputation statt, in welcher u. a. beschlossen wurde, mit Beginn des neuen Schuljahres eine Hilfsschule für geistig zurückgebliebene Kinder mit 8 Abteilungen zu eröffnen. In jeder Abteilung werden 15 Kinder untergebracht werden. Die Kinder werden von Psychiatern, vom Lehrer dieser Schule und ihrem bisherigen Erzieher geprüft werden. Der Mangel an entsprechenden Lehrkräften veranlaßte die Schuldeputation zur Gründung eines wöchentlichen Kurses. In der Sitzung wurde auch die Frage der Gründung eines besonderen psychologischen Laboratoriums in Erwägung gezogen.

Die außerordentliche Generalversammlung der Mitglieder der Gesellschaft Gegenzeitigen Kredits Lodzer Industrieller, die für gestern anberaumt war, kam infolge der nicht beschlußfähigen Zahl der erschienenen Mitglieder nicht zustande und findet im zweiten Termin am 11. Juli im Saale des Konzertsaales ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erscheinen statt.

Fußballspiel. Sonntag vormittag um 1/2 10 Uhr findet auf dem Helenenhofer Sportplatz ein Fußballwettspiel zwischen den 2. Mannschaften der Sportvereine "Sturm" und "Polonia" statt.

Bekämpfung der Seuchen. Der Regierungskommissar Remiszewski und der Kreisarzt B. Kuchowiecki bringen durch Maueranschlag zur öffentlichen Kenntnis, daß sämtliche ansteckende Krankheiten im Kreise Lódz sofort angemeldet werden müssen.

Seife für arme Kinder. Das Zentralkomitee für Kinderschutz hat von der amerikanischen Rettungsmission eine große Menge Seife erhalten. Ein Teil soll unter den armen Kindern des ganzen Landes verteilt, der andere den Hospitäler und wohltätigen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Jedes Kind, ohne Unterschied des Glaubens, wird 200 Gramm für 35 Pfennig erhalten. In Lódz wird die Seife von dem Komitee verteilt werden.

Eisenbahner! Von dem Delegierten S. Grzymili wird uns geschrieben: Die Sache der früheren Eisenbahnarbeiter, die bei den deutschen Okkupationsbehörden arbeiten, ist auf dem besten Wege zur Regelung. Die in Warschau durch unsere Delegation eingereichte Entschließung wird durch den K. Eisenbahnerverband sowie das Verkehrsministerium unterstützt und in kürzester Zeit, nach Beleidigung durch eine besondere Verwaltung, erledigt werden. Wir machen allen Eisenbahner, die für die letzte Sammlung noch nichts eingebracht haben, bekannt, daß sie sich am Montag von 3 bis 6 Uhr nachmittags in der Pustastr. 13 registrieren lassen müssen.

Registrierung der Techniker. Der Verband der polnischen Techniker des Lódzer Bezirks registriert alle technischen Angestellten (Ingenieure und Techniker), die Arbeit suchen und vermittelt bei der Besetzung von Posten. Die Kanzlei des Verbandes, Andrzejstr. 3, ist mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich von 10 bis 1 Uhr und von 3 bis 7 Uhr geöffnet.

Beschlagnahme. Die gestrige Ausgabe des jüdischen "Lodzer Tageblattes" wurde auf polizeilichen Befehl beschlagnahmt.

Ein Vorfall in der Aleksandrowska-Straße. Von der Presseabteilung des Polizeipräsidiums erfahren wir: Vorgestern bemerkte ein Sergeant der Hallerschen Truppen in der Aleksandrowskastraße 13 einen schwer beladenen Wagen, der einen gewissen L. Kalischer aus Dombien gehörte. Als der Sergeant Kalischer aufforderte, stehen zu bleiben, hielt dieser auf die Pferde ein, um zu entkommen. Der Sergeant fiel den Pferden in die Zügel und hielt den Wagen an. Inzwischen kam der Aleksandrowskastr. 39 wohnende Fleischer B. Ostak hinzu, der sich gemeinsam mit Kalischer in frecher und herausfordernder Weise über die Anhaltung des Wagens äußerte. Der geschmähte Wachtmeister schlug Ostak mit dem Griff des Seitengewehrs auf den Kopf und verlebte ihn leicht. Während diesem Vorfall sammelte sich eine große Menschenmenge an, die gegen Kalischer und Ostak eine drohende Haltung einnahm. Mit Hilfe einer Polizeiwache wurde die Ordnung jedoch aufrechterhalten und nach kurzer Zeit die Ruhe wieder hergestellt. Das über diesen Vorfall aufgenommene Protokoll wurde dem Gericht übermittelt.

Raubübersfälle und kein Ende. Vorgestern wurde im Dorfe Sajeczno, Gemeinde Nowosolna, der Landwirt Baumgarten von noch unermittelt gebliebenen Banditen in seinem Hause überfallen. Die Räuber bedrohten die Hausbewohner und raubten verschiedene Sachen im Werte von 10 000 Mark sowie 1000 Mark Bargeld, Gold und Silber in der Summe von 200 Rubel.

Der Abbruch folgender Häuser wurde von der Baudeputation gestattet; Besitzer: Józef Janiszewski, Blotastraße 34; Juda Lenzycki, Cegielniankastr. 128; Silberstein's Erben, Wulcanstraße 192.

Neubauten. In der vorgestrigen Sitzung der Baudeputation wurden folgende Baupläne bestätigt: des Besitzers Franz Seidel, Juliusstraße 3, für innere Umbauten in der 3½ Stockigen Offizine; D. Stein, Karlstraße 10, Umbauten im Fronthaus; Bogumił Kowalski, Rągowskastr. 62, Bau eines Gebäudes zur Herstellung von Dachpappe; Karl Wertschitzki, Petrikauer Straße 75, Umbau von Fenster.

Amtsblatt Nr. 30 ist erschienen. Es enthält: eine Verordnung des Finanzministers über Wechselschulen; einen Beschluß des Ministeriums über handelsindustrielle Unternehmen; drei Rundschreiben an alle Kreiscommissare, Stadtpräsidenten, Bürgermeister und Chefs der Kommunalpolizei in Waschan, Lódz und Lublin und das Militärbesoldungsgesetz vom 12. Juni 1919.

Keine Nachrichten. In der Ziegelfstr. 18 wurde in der Wohnung des J. Opatowsk, wohnhaft in Babianice, Tuszynierstr. 26, eine geheime Branntweinbrennerei geschlossen.

Kleine Anzeigen wie Wohnungs-Anzeigen Stellen-Angebote und Geschäfte, Grundstückserwerb, Geldverkehr, An- und Verkäufe, Versteigerungen, Verpackungen, Heiratsgechte, Verluste und Funde, sind in der "Lodzer Freien Presse" **stets erfolgreich.**

Aus der Umgegend.

Konstantynow. Die Leitung des Lebensmittel-Komitees, das im Herbst des vergangenen Jahres aus den Händen eines aus Vertretern aller drei Bekenntnisse bestehenden Vorstandes mit Herrn Pastor Schmidt an der Spitze zu dem neuen Gemeinderat überging, gibt recht oft Anlaß zur Unzufriedenheit. Abgesehen von der äußerst langsam Abseitigung der Interessenten, die mehrere Häuser lang in der Reihe stehen müssen und zwar wegen jeder Kleinigkeit dreimal: beim Ausschreiben des Zettels, an der Kasse und beim Empfang des Gewünschten, gelangen die Lebensmittel und sonstigen Bedarfssatz Artikel meistens erst dann zum Verkauf, wenn sie vom Verbraucher schon längst verbraucht sein müssen. Recht häufig, wenn wichtige Artikel ausgegeben werden, stehen die Ortsbewohner schon zwei bis drei Stunden vor den im evangelischen Gemeindehause gemieteten Räumen des Komitees, ehe die Angestellten, die sich streng an den achtstündigen Arbeitstag halten, nach acht Uhr erscheinen; die einzelnen Glieder jeder Familie müssen sich abscheiden, um nicht ganz enttäuscht zu werden. An jedem zweiten Dienstag wird mit der Mehlausgabe begonnen. In dieser Woche ist jedoch die erforderliche Menge Mehl noch nicht vorhanden. Außerdem soll auch Mehl abhanden kommen. Durch die eingeleitete Untersuchung wird die Geduld der hierigen Einwohner auf eine harte Probe gestellt. Auch Kartoffeln sind eine Seltenheit. Früher erhielt eine Person 30, jetzt nur noch 10 Pfund. Ob diese wohl bis zur neuen Woche reichen werden? Die neuen Erdäpfel lassen sich hoffnungsvoll an. Hungrige statten zur Nachtzeit den Feldern Besuch ab, um die Früchte auf ihre Größe hin zu prüfen.

Auch Kohle gibt es seit einem Monat nicht mehr. Das vom Komitee mit 3 Mark für das Pfund verkaufte Brennholz findet weniger Absatz als das von den Holzhändlern mit 3,70 Mark vertriebene, da es sich durch größere Trockenheit auszeichnet. Auf der städtischen Hütung wird fleißig Tors gestochen. Im übrigen wird darüber gefragt, daß Konstantynow im Vergleich zu den Nachbarstädten sehr tiefmärrisch behandelt wird. Eine unverzeihliche Tat war auch der von böswilliger Kürschnäigkeit gefärbte Beschluß, die "Deutsche Selbsthilfe" aufzulösen. Wie viel Gutes hätte diese bei richtiger Führung und etwas weniger Misstrauen der Beteiligten zu einander schaffen können, wenn die einen Teil der städtischen Lebensmittel und Gebrauchsartikel an ihre Mitglieder ausgesetzt hätte. Dadurch hätte der Einzelne nicht nur viel Zeit gespart, sondern das Komitee wäre durch diese Tat auch entlastet worden. Am Freitag vormittag begann endlich die Mehlausteilung. (4 Pfund Weizen, 1 Pfund Roggen und 1/2 Pfund Schrot). Da das Schrotlager bereits lange gelegen hatte und sich darin Würmer vorfanden, so kamen mehrere Einwohner — hauptsächlich Frauen — zusammen und protestierten in energischer Weise dagegen. Erst durch das Dazwischen treten des Polizeikor-

porsals Doliwka gelang es die aufgeregte Menge zu beruhigen. Um Nachmittage wurde kein Schrot mehr ausgegeben, so daß jeder um ein halbes Pfund Mehl kam.

Ozorkow. Wie lange noch? Uns wird geschrieben: Wie weit ein Volk durch seine Gleichgültigkeit und Trägheit in jeder Hinsicht zurückbleiben kann, dafür kann uns Ozorkow als Beispiel dienen. Ozorkow ist eine Stadt mit einem so hohen Prozentsatz von Bürgern deutscher Zunge, daß dies in allen Zweigen der städtischen Verwaltung allezeit durch ihre Vertreter ein gewichtiges Wort haben mitreden dürfen. In dem vorigen Stadtrat, der 18 Mitglieder zählte, befanden die Deutschen 5 Vertreter — in dem gegenwärtigen nur 1. Was ist hier die Ursache? Nichts als die Gleichgültigkeit zu allen politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen, muß hierauf die Antwort sein. Diese Gleichgültigkeit zu allem was vorgeht, sei es in der Nähe oder in der Ferne, ist unter der hierigen deutschen Bevölkerung so groß, daß sie mit keinem Mittel auszutreiben ist.

Obwohl die deutsche Allgemeinheit von Ozorkow s. B. auf die Wichtigkeit der Stadtvorstandswahlen für sie selbst durch einzelne verständige Polizeigenossen aufmerksam gemacht und zur Teilnahme daran aufgerufen wurde, waren in den Vorveranstaltungen, die die Aufstellung der Kandidatenlisten zum Ziel hatten, kaum 4 Personen erschienen. In die Wählerlisten ließ sich kaum die Hälfte der Wahlberechtigten eintragen, von denen wiederum nur die Hälfte wählte. Dementsprechend auch das Wahlergebnis! Die Zahl der deutscheren Einwohner hätte vollständig ausgereicht, um die Anzahl der zugelassenen Mandate (5) zu erhalten, durch die an den Tag gelegte. Gleichgültigkeit ist im gegenwärtigen Stadtrat nur ein Plan für die Deutschen bestimmt. Wenn unter den Magistratschefs bisher sich stets ein Deutscher befand, ist es heute dazu gekommen, daß ein Pole an seine Stelle getreten ist.

Wie sie die wirtschaftliche Lage der Deutschen sprechen den in Ozorkow gefassten wird, wird die nächste Zukunft zeigen, auch wird sich jeder Leser ein mehr oder weniger klares Bild davon machen können. Durch ihre eigene Schule sind sie von der Teilnahme an allen wichtigen Ereignissen in der Stadt ausgeschaltet. Über ihre wirtschaftliche Lage bestimmen heute andere. Ein zweites Beispiel für die Gleichgültigkeit und Laune der Ozorkower Deutschen Einwohner kann sich der Leser der "Lodzer Freien Presse" aus dem Aufsatz über die Zustände in der evangelischen Gemeinde machen, den dieses Blatt am 8. April brachte. Es ist trotz der bereits vergangenen 2½ Monate immer noch nichts getan worden, um hier einen Wandel einzutreten zu lassen. Es wäre Zeit, daß die Einwohner aus ihrem lethargischen Schlafe erwachen und sich noch rechtzeitig auf das befreien, was sie getan, oder besser, nicht getan haben. Möchte die nächste Zukunft sie zur Vernunft bringen und sie lehren, was sie zu tun haben, um mit der Zeit vorwärts zu schreiten.

Aus dem Reiche.

Warschau. Verbot einer Zeitung. Der außerordentliche Kommissar hat auf Grund des Art. 1 des Dekrets vom 7. Februar des L. S. die Schließung der in Warschau erschienene Zeitung "Nowiny Krajowe i zagraniczne" angeordnet. Die genannte Zeitung hat in ihrer 18. Nummer einen Artikel "Dzień ludu nastąpił" (Der Tag des Volkes ist angebrochen) veröffentlicht, dessen wie auch der ganze übrige Inhalt der Zeitung bolschewistisch bestimmt ist. Die Behörde hat sich zur Schließung dieser Zeitung auch deshalb gezwungen, weil diese tendenziöse Nachrichten in falscher Belichtung brachte und danach strebte, den Staat zu untergraben und die Unabhängigkeit Polens zu stürzen.

Judenfeindliche Ausschreitungen. Der "Robotnik" schreibt: Am 26. Juni um 2 Uhr nachmittags kam es auf der Solecstraße zwischen dem Bogen der Poniatowskibrücke und der Ludnitsastraße zu jüdenfeindlichen Ausschreitungen, die von Hallerschen Soldaten der Kraftwagenkolonne veranlaßt wurden. Die Ausschreitungen nahmen dann auf dem Gebiete des Schlagthauses ihren Fortgang, wo mehrere Juden die Bäume abgeschnitten wurden. Die sich sträubende wurden misshandelt. Der Arzt der Unfallrettungsbereitschaft erzielte acht verwundete Personen die erste Hilfe. Der 74 Jahre alte Berek Grünblatt starb vor Schreck. Ein Polizist wurde vor Schreck ohnmächtig. Die Hallerschen Soldaten wurden von der Gendarmerie und einer Abteilung Hallerscher Soldaten verhaftet und in die Kasernen abgeführt.

Raubmord. Am 26. Juni wurde die aus dem Warschauer Branntweinmonopol nach Hause gehende Kässiererin, die 58.000 Mark bei sich hatte, überfallen. Sie wurde von den Banditen getötet und des Geldes beraubt.

Lowicz. Bestrafte Wucherer. Die Ge richtskommission des Lódzer Wucheramts, hat in Lowicz folgende Angelegenheiten erledigt. Es wurden bestraft: A. Kridmann, Brzanska 29, wegen Spekulation mit Tabak und Zuchen mit 500 M. oder 2 Wochen Haft; außerdem wurde der Tabak konfisziert. Bei Berek Finselstein, Brzanska 43, wurde Leinwand konfisziert, mit der der Wucherer trieb; A. Taras, Petrikauerstr. 4, wurde wegen Schnapsverkauf ohne Erlaubnis mit 1000 M. Geldstrafe oder einen Monat Haft bestraft; D. Błoczenksi, Bielańska 7, erhielt 500 M. Geldstrafe oder eine Woche Gefängnis, weil er in einer Privatwohnung Manufakturwaren verkaufte. Bei S. Rosenthal wurden die Galoschen, mit denen er Wucher trieb, konfisziert.

Petrikau. Verhaftung. In den letzten Tagen verhaftete die Staatsanwaltschaft eine Reihe von Persönlichkeiten, die bereits während der Okkupation sich kompromittiert haben. Festgenommen wurde u. a.: der ehemalige Leutnant der f. u. f. Armee und Handelsreferent des Petrikauer Kreis kommandos, Dr. Wojciech Siegel, der ehemalige Beamte dieses Kommandos, Stanisław Sikorski, die berüchtigten Kettenhändler Ignacy Marcinko und Kranz sowie zahlreiche jüdische Vermittler. Die Verhafteten haben mit den vom Lubliner Generalgouvernement für die Bevölkerung bestimmten Lebensmitteln und Bedarfsartikeln Handel getrieben.

Petrikau. Verhaftung. In den letzten Tagen verhaftete die Staatsanwaltschaft eine Reihe von Persönlichkeiten, die bereits während der Okkupation sich kompromittiert haben. Festgenommen wurde u. a.: der ehemalige Leutnant der f. u. f. Armee und Handelsreferent des Petrikauer Kreis kommandos, Dr. Wojciech Siegel, der ehemalige Beamte dieses Kommandos, Stanisław Sikorski, die berüchtigten Kettenhändler Ignacy Marcinko und Kranz sowie zahlreiche jüdische Vermittler. Die Verhafteten haben mit den vom Lubliner Generalgouvernement für die Bevölkerung bestimmten Lebensmitteln und Bedarfsartikeln Handel getrieben.

Letzte Nachrichten.

Um Polens Grenzen.

Generalstabssbericht vom 27. Juni.

Galizisch-wolhynische Front: In Galizien dauern die hartnäckigen Kämpfe im nördlichen Abschnitt der Front an. Die starken Angriffe der ukrainischen Abteilungen im Rajon Sologom, Miln, Bilin, Lajom und Lodonow wurden abgewiesen. Im südlichen Abschnitt bei derzeitiger Erfundungsdienst. In Wolhynien ohne Veränderung.

Podlachische Front: An der Podlachischen Front sind die Befestigungen der Vorposten.

Litauisch-weißrussische Front: An der litauisch-weißrussischen Front Ruhe.

Die deutschen Abteilungen: Südlich und östlich vom Augustowkanal die Räumung des besetzten Gebiets begonnen. Unsere Abteilungen folgen ihnen und besetzen die durch die Deutschen verlassenen Ortschaften.

Der stellvertretende Chef des Generalstabes Haller, Oberst.

Posener Bericht vom 27. Juni.

Nordfront: Im Kujawischen Abschnitt starke Geschütze auf unsere Stellungen zwischen Budziski und Dombrowka. Bei Dombrowka, Dembina, Zamysł und Chobienice wurden starke deutsche Patrouillen abgewiesen. Zamysł wurde eine Stunde lang vor der deutschen Artillerie hartnäckig beschossen. In Dęblin und Węglemo fielen einige Minen nieder. Am linken Flügel Ruhe.

Westfront: In der Umgegend von Bzowny die ganze Nacht ungewöhnlich lebhafte Tätigkeit der deutschen Artillerie. Manowice, Piezyn, Nowy Dwor, Lomnica und Chobienice waren einem starken Geschütz- und Minenfeuer ausgesetzt. Unsere Artillerie antwortete durch einige Schüsse. Bei Krzyżkow und Sempolno schwaches Artilleriefeuer der Deutschen. Im Abschnitt Leszczyn bedeutende Tätigkeit der deutschen Patrouillen.

Südfront: Im Abschnitt Rawitsch, Krzochin und Odolanow Ruhe. Bei Kemgen fortgesetzte Tätigkeit der deutschen Patrouillen. Myjowice und Kietniat wurde von deutscher Artillerie beschossen und Hanula mit Minen beworfen. Ligota, das die Deutschen besetzt hielten, wurde von uns zurückeroberiert. Bei Zmyslow wurde eine deutsche Streiwache abgewiesen. Abends beschoss der Gegner Ligota durch Artillerie und Minen. Sonst kleinere Zusammenstöße und Schermüller. Broczynski, Generalleutnant, Chef des Stabes.

Verhaftung von Zuckerspekulanten in Warschau.

Warschau, 27. Juni (P. A. T.) Das außergewöhnliche Kommissariat hat die Veruntersuchung in Angelegenheit der Mizbräuche in der Zuckerabteilung des Verpflegungsministeriums beendet. Als Ergebnis der Nachforschungen wurden im Mokotower Gefängnis interniert: der gewesene Chef der Abteilung für Monopolartikel Wladyslaw Braumann, der gewesene Zuckerrreferent Boleslaw Tomaszewski, der Mitinhaber der Firma "Karol Machajd" Julian Machajd für den Empfang einer großen Zuckermenge im ungesetzlichen Wege, sowie der Vermittler dieser Transaktion Ludwik Jalecki.

Schließung des "Tschener Volksblattes". Tschern, 27. Juni (P. A. T.) Der Nationalrat hat beschlossen, das deutsche "Tschener Volksblatt" als ein dem polnischen Staat feindliches Presseorgan zu schließen.

Grubenexplosion in Tschern.

Tschern, 27. Juni (P. A. T.) Gestern Abend erfolgte eine abermalige Explosion schlagender Wetter in demselben Sch

Bevorstehende Besetzung Danzigs durch englische Truppen.

Prag, 27. Juni. (P. A. T.) Aus Rotterdam wird gemeldet: Der Korrespondent des "Daily Telegraph" meldet aus Paris, daß der Rat der Vier beschlossen hat, Danzig durch englische Truppen besetzen zu lassen. Die Besetzung wird so lange dauern, bis die Regierung der Freistadt Danzig gebildet sein wird.

Die Reise der deutschen Delegierten nach Versailles.

Wien, 27. Juni. (P. A. T.) Aus Berlin wird gemeldet: Die Regierungsmitglieder der Staaten, die den Friedensvertrag unterschreiben, werden, sind gestern nach Versailles abgereist.

Die Unruhen in Deutschland.

Berlin, 27. Juni. (P. A. T.) Die deutsche Presse verlangt ein energisches Auftreten der Regierung gegen die Unruhen in Berlin, Hamburg und anderen Ortschaften, um einen etwaigen Hauskrieg im Keime zu ersticken. Der "Vorwärts" warnt vor dem Bemühen der Kommunisten, in ganz Deutschland einen allgemeinen Aufstand hervorzurufen, der mit dem Eisenbahnerstreik beginnen sollte.

Plünderungen im Berliner Osten.

Wien, 27. Juni. (P. A. T.) Gestern Abend begannen im Osten Berlins abermalige Plünderungen der Lebensmitteläden. 28 Personen wurden verhaftet.

Belagerungszustand in Hamburg.

Hamburg, 27. Juni. (P. A. T.) Anlässlich der blutigen Ereignisse ist über Hamburg der Belagerungszustand verhängt worden. Die Kommunisten rissen in der Umgegend von Hamburg das Bahngeleise auf, um die Ankunft deutscher Truppen zu verhindern.

Ein Aufruf Nosles.

Berlin, 27. Juni. (P. A. T.) Reichswehrminister Nosle hat einen Aufruf nachstehenden Inhalts erlassen: Der Aufstand in Hamburg und die Unruhen in Berlin sowie in anderen Ortschaften bewegen mich zum Erlass des folgenden Befehls: 1. Der Aufstand muß mit allen Mitteln unterdrückt werden, nötigenfalls bei rücksichtsloser Anwendung der Waffe; 2. Ausstände in Werkstätten und Fabriken, deren Betrieb im Interesse des Allgemeinwohls notwendig ist, können mit militärischer Hilfe unterdrückt werden; 3. Angeichts des Eisenbahnerstreiks müssen die notwendigsten Transporte durchgeführt werden, nötigenfalls bei Anwendung der Waffe. Ich behalte mir die Einsetzung drakonischer Ge-

richte gegen die Aufstieger und Revolutionäre vor.

Bayerns Stellungnahme.

Berlin, 27. Juni. (P. A. T.) Die bayerische Regierung hat einen Aufruf erlassen, in welchem sie die deutsche Regierung versichert, daß sie keinen Verrat über wird. Bayern will das Deutsche Reich sogar in den kritischsten Stunden nicht im Stich lassen und erblieb Deutschlands Zukunft in einem solidarischen Zusammenschluß aller deutschen Stämme.

Sturz der Räterepublik in Ungarn?

Mährisch-Ostrau, 27. Juni. (P. A. T.) Das tschechoslowakische Pressebüro meldet aus Wien: Die "Wiener Stimme" veröffentlicht eine Meldung, wonach die Räteregierung in Budapest gestürzt und Bela Kuhn ins Gefängnis gebracht worden sein soll. Die Bestätigung dieser Meldung steht bisher noch aus.

Offensivgelüste der Ungarn.

Altenburg, 27. Juni. (P. A. T.) Stabschef General Petain erklärte einem Vertreter der "Independance Rumaine", daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die ungarische rote Armee trotz der Versicherungen Bela Kuhns abermalige Angriffsversuche unternehmen wird, da die ungarischen Truppen vollständig desorganisiert sind und die Budapester Regierung keine Autorität mehr besitzt.

Keine Ausdehnung des Metallarbeiterstreiks in Frankreich.

Paris, 27. Juni. (P. A. T.) Die ausständigen Metallarbeiter in Paris haben den Gedanken aufgeworfen, den Ausstand auf sämtliche Industriezentren in der Provinz auszudehnen. Der Kartellverband der Vertreter großer Arbeiter-, Eisenbahner-, Grubenarbeiter-, Hafenarbeiter-, Metallarbeiter-, Elektrotechniker-Organisationen hält Mittwoch Abend zwecks Befreiung dieser Frage eine Sitzung ab. Das Kartell hat einstimmig beschlossen, den Antrag der Pariser Metallarbeiter abzulehnen.

Die Pariser Naphthagerüben in Gefahr.

Barsoje Selo, 27. Juni. (P. A. T.) Nach den unlängst aus Russland eingetroffenen Meldungen werden die reichen Naphthagerüben von den Engländern systematisch zerstört. Sie haben die Ausfuhr von Naphtha nach Russland verboten, so daß der Vorrat auf 200 Millionen蒲d angewachsen ist. Es ist ein Riesenbrand oder eine Explosion der Mineralöle zu befürchten. Diese

Situation hatte einen Arbeiteraufstand zur Folge. Die Arbeiter verlangen die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Russland zwecks einer weiteren Ausheutung der Naphthagerüben, die englischen Behörden aber, die die Politik verfolgen, Russland jeglicher Feuerungsmittel zu entblößen, sind mit der Wiederaufnahme des Betriebs nicht einverstanden.

Reise des belgischen Königspaars nach Amerika.

Paris, 27. Juni. (P. A. T.) Das belgische Königspaar begibt sich im August nach Amerika, wo es dem Präsidenten der Vereinigten Staaten einen Gegenbesuch abstatten wird.

Kirchliche Nachrichten.

St. Johanniskirche.

Sonntag, vormittag 10 Uhr: Beichte, 10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Feier des heil. Abendmahl's, Kirchenmusik, Gefangenverein "Aeol": "Kyrie" und Chor aus "Schöpfung" von Haydn "Die Himmel". Predigt: Pastor Dietrich.

Nachmittag 1/2 Uhr: Kinderlehre. Pastor Dietrich. Mittwoch, abends 1/2 Uhr: Gebetsstunde. Pastor Dietrich.

Stadtkirche.

Sonntag, abends 7 Uhr: Versammlung des Junglings- und Jungfrauenvereins. Pastor Otto.

Jünglingsverein:

Dienstag, abends 8 Uhr: Gebetsstunde. Pastor Otto.

St. Matthäus.

Sonntag, vormittags 10 Uhr: Gottesdienst. Pastor Otto.

Kapelle der ev.-luth. Diakonissenanstalt,

Bulenvonstraße 42.

Sonntag, vorm. 10 Uhr: Hauptgottesdienst. nachm. 5 Uhr: Katechismusstunde. Pastor T. Baier.

(Kleinbilletts)

202.50 202.75-26.00-25

Christliche Gemeinschaft.

Kosciusko Allee 57 (Promenadenstraße Nr. 11). Sonntag, den 29. Juni, 7 1/2 Uhr abends: Evangelisationsvortrag.

Donnerstag, den 3. Juli, 7 Uhr abends: Bibelstunde.

Baptisten-Kirche, Nawrotstraße.

Sonntag, vorm. 10 Uhr: Predigtgottesdienst. Prediger J. Feister.

Nachmittags 4 Uhr: Predigtgottesdienst. Prediger J. Feister.

Montag, abends 7 Uhr: Gebetsversammlung.

Donnerstag, nachm. 4 Uhr: Frauenverein. abends 7 Uhr: Bibelstunde.

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter:

Hans Kriese, Lodz.

Druck: Lodzer Freie Presse, Petrikauer Straße 26.

Baptisten-Kirche, Rzgowska-Straße.

Sonntag, vorm. 10 Uhr: Predigtgottesdienst. Prediger B. Götz.

Nachmittags 4 Uhr: Predigtgottesdienst.

Montag, nachm. 4 Uhr: Frauenverein.

Dienstag, abends 7 Uhr: Gebetsversammlung.

Freitag, abends 8 Uhr: Bibelstunde.

Betsaal der Baptisten, Baluty,

Alexandrowska-Straße 60.

Sonntag, vorm. 10 Uhr: Predigtgottesdienst.

Nachmittags 4 Uhr: Predigtgottesdienst.

Mittwoch, nachm. 4 Uhr: Bibelstunde.

Christliche Versammlung.

Petrikauer Straße 190.

Sonntag, vormittags 10 1/2 Uhr: Gottesdienst für Gläubige.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Evangelisationsversammlung. Sebemann willkommen.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Betrachtung über 3. Mose 4. Das Sündenopfer.

Warschauer Börse.

Warschau, 27. Juni.

27. Juni. 26. Juni.

6% Döllig. der Stadt Warschau 1915/16

6% Döll. St. Warschau 1917 auf M. 100

5% Döll. der Ugras- bank auf M. 100

4 1/2% Pfandbriefe der Ugrasch. A. und B.

199.50-25-00 199.50-75-87 1/2-200-199.75

202.50 202.75-26.00-25

259.60-260.75 259.00-260.25

118.00 118.50-117.00

65.00-69.00 65.00-50

52.80-53.10 52.80-53.10

118.00 118.50-117.00

63.00-64.00 63.00-50

202.50 202.75-26.00-25

52.80-53.10 52.80-53.10

118.00 118.50-117.00

65.00-69.00 65.00-50

52.80-53.10 52.80-53.10

118.00 118.50-117.00

63.00-64.00 63.00-50

202.50 202.75-26.00-25

52.80-53.10 52.80-53.10

118.00 118.50-117.00

63.00-64.00 63.00-50

202.50 202.75-26.00-25

52.80-53.10 52.80-53.10

118.00 118.50-117.00

63.00-64.00 63.00-50

202.50 202.75-26.00-25

52.80-53.10 52.80-53.10

118.00 118.50-117.00

63.00-64.00 63.00-50

202.50 202.75-26.00-25

52.80-53.10 52.80-53.10

118.00 118.50-117.00

63.00-64.00 63.00-50

202.50 202.75-26.00-25

52.80-53.10 52.80-53.10

118.00 118.50-117.00

63.00-64.00 63.00-50

202.50 202.75-26.00-25

52.80-53.10 52.80-53.10

118.00 118.50-117.00

63.00-64.00 63.00-50

202.50 202.75-26.00-25

52.80-53.10 52.80-53.10

118.00 118.50-117.00

63.00-64.00 63.00-50

202.50 202.75-26.00-25

52.80-53.10 52.80-53.10

118.00 118.50-117.00

63.00-64.00 63.00-50

202.50 202.75-26.00-25

52.80-53.10 52.80-53.10

118.00 118.50-117.00

</div